Inhaltsverzeichnis

Abkurzungsverzeichnis	Al
Einführung.	1
1. Kapitel: Ziel der Arbeit und Gang der Darstellung	5
2. Kapitel: Die gesetzliche Regelung des Strafvollzugs in Deutschland vor de	er
Föderalismusreform	
1. Abschnitt: Gegenstand des Strafvollzugrechts und Begriffsbestimmung	
2. Abschnitt: Entwicklung der Freiheitsstrafe und des Strafvollzugs	
3. Abschnitt: Entwicklung des Strafvollzugsrechts	
A. Erste rechtliche Grundlagen	
B. Die Strafgefangenen-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	
C. Das Strafvollzugsgesetz des Bundes (StVollzG)	
4. Abschnitt: Zusammenfassung der Erkenntnisse aus dem 2. Kapitel	43
3. Kapitel: Die Kompetenzverlagerung für den Strafvollzug im Zuge der	
Föderalismusreform	45
1. Abschnitt: Der Weg zur Föderalismusreform	45
A. Kooperativer Föderalismus in Deutschland und die Folgen	45
I. Problem der (Über-)Verflechtung	
II. Machtverlust der Landesparlamente	
III. Notwendigkeit einer umfassenden Strukturreform	
B. Die Föderalismusreform I (2006)	
I. Die unmittelbaren Vorläufer der Föderalismusreform	
II. Die Bundesstaatskomission	
III. Ein bundespolitischer Richtungswechsel und seine Folgen	
2. Abschnitt: Der Strafvollzug als Gegenstand der Reformdebatte	
A. Der Strafvollzug im Reformkonzept der Bundesstaatskommission	
I. Vorbemerkung zur Auswertung der Kommissionsunterlagen	
II. Arbeitsweise der Bundesstaatskommission	
III. Der Strafvollzug in den Kommissions-, AG- und PG-Sitzungen	
IV. Der Strafvollzug in den Konzeptpapieren und Arbeitshilfen	
V. Ein überraschendes Angebot der Bundesregierung	
B. Der Strafvollzug im Reformkonzept der Großen Koalition	
C. Reaktionen auf die Kompetenzübertragung	
3. Abschnitt: Zusammenfassung der Erkentnisse aus dem 3. Kapitel	
4. Kapitel: Strafvollzug als bloße Verhandlungsmasse?	77

	1. Abschnitt: Erforderlichkeit der Kompetenzübertragung	77
	A. Konnexität von Aufgabenpflicht und Ausgabenlast	
	B. Höhere Fachkompetenz der Länder	
	C. Stagnation und Reformbedarf im Strafvollzug	
	D. Zwischenergebnis	
	2. Abschnitt: Mögliche Beweggründe der Akteure	
	A. Strukturbedingter Zuständigkeitswechsel	90
	B. Politisches Interesse an der Materie Strafvollzug	
	3. Abschnitt: Zusammenfassung der Erkenntnisse aus dem 4. Kapitel	96
5.	Kapitel: Normative und vollzugspraktische Auswirkungen der	
	Kompetenzübertragung am Beispiel der Unterbringung im	
	offenen Vollzug	99
	1. Abschnitt: Thesen zur bevorstehenden Entwicklung des Strafvollzugs	99
	A. Abkehr vom resozialisierungsorientierten Strafvollzug	.100
	B. Instrumentalisierung des Strafvollzugs	.102
	C. Legitimierung zweifelhafter Strafvollzugspraxis über Landesrecht	.102
	D. Gesamteinschätzung und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	.103
	2. Abschnitt: Methodische Herangehensweise	.104
	A. Vorbemerkung	.104
	B. Zur juristischen Methode der Gesetzesauslegung	.106
	C. Zur Verwendung der Strafvollzugsstatistik	.109
	3. Abschnitt: Gesetzliche Ausgestaltung und rechtstatsächliche Entwicklung der	•
	Unterbringung im offenen Vollzug	
	A. Gesetzliche Verankerung des Resozialisierungsgrundsatzes	.111
	I. Die Resozialisierung im StVollzG	
	II. Standort und Stellenwert in den landesrechtlichen Vorschriften	.115
	1.) Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Einzelnen	116
	2.) Zwischenergebnis	
	III. Gesamteindruck zur gesetzlichen Ausgestaltung der Resozialisierung	127
	B. Offener Vollzug nach Bundes- und nach Landesrecht	129
	I. Offener Vollzug nach dem StVollzG	130
	1.) Differenzierung und Begriffsbestimmung	130
	2.) Voraussetzungen für die Unterbringung im offenen Vollzug	132
	3.) Offener Vollzug als Regelvollzugsform	134
	4.) Ersteinweisung und Verlegung in den offenen Vollzug	
	5.) Übergangsregelung	137
	6.) Unterbringungssituation unter Geltung des StVollzG	139
	7.) Illegitime Unterbringungspraxis?	
	8.) Ergebnis zum offenen Vollzug unter dem StVollzG	151

II. Offener Vollzug nach Landesrecht	153
1.) Differenzierung und Begriffsbestimmung	153
2.) Unterbringung im offenen Vollzug	157
a) Gesetzliche Regelvollzugsform und Ersteinweisung	158
b) Gesetzliche Kriterien für die Verlegung in den offenen Vollzug	
c) Stellenwert von Resozialisierung und Sicherheit	166
3.) Zwischenergebnis zu den landesrechtlichen Regelungen	168
4.) Unterbringungspraxis im Längsschnitt	
a) Auslastung des offenen Vollzugs im Überblick	170
b) Entwicklung der Gefangenenzahl	
c) Unterbringungsquoten im Vergleich	177
III. Bewertung der Entwicklung des offenen Vollzugs	181
4. Abschnitt: Zusammenfassung der Erkenntnisse aus dem 5. Kapitel	185
6. Kapitel: Zusammenfassung und abschließende Wertung	187
1. Abschnitt: Zu den Hintergründen der Kompetenzübertragung	187
2. Abschnitt: Zu den Folgen der Kompetenzübertragung	
Anhang	191
Anlage 1: Zeitliche Übersicht der Ereignisse um die Übertragung der	
Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug	191
Anlage 2: Genese der landesrechtlichen Strafvollzugsgesetze der Länder Bayer	n,
Hamburg, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Hessen	193
Literaturverzeichnis	195